



**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 04.06.2018

Niederschrift

über die **7. Sondersitzung (37. Sitzung) des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 04.06.2018, 12:32 Uhr bis 12:55 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Andreas Wolter GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Andreas Pöttgen	SPD
Herr Peter Kron	SPD
Herr Horst Noack	SPD
Herr Stefan Götz	CDU (ab 12.40 Uhr)
Herr Dirk Michel	CDU
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Monika Roß-Belkner	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ulrich Breite FDP (für RM Sterck)

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 9 Gemeindeordnung NRW

Frau Diana Finsterle Afd

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 11 Gemeindeordnung NRW

Herr Thomas Hegenbarth BUNT

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Wolfgang Kissenbeck	auf Vorschlag der SPD	(ab 12.41 Uhr)
Herr Dr. Jörg Klusemann	SPD	(ab 12.37 Uhr)
Frau Bezirksbürgermeisterin Helga Blömer-Frerker	CDU	
Herr Joachim Schalke	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Gunda Wienke	auf Vorschlag von DIE LINKE	
Herr Klaus Uckrow	auf Vorschlag der FDP	

Verwaltung

Frau Beigeordnete Andrea Blome	Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung
Frau Sonja Rode	Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur
Herr Rik Schauenberg	Kämmerei
Herr Patric Stieler	Amt für Verkehrsmanagement

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur
--------------------	--------------------------------------------------

Gäste

Herr Gunther Höhn	KVB AG
-------------------	--------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 11 Gemeindeordnung NRW

Herr Tobias Scholz	GUT
--------------------	-----

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU
Herr Ralph Köhler	auf Vorschlag der CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22, 23, 23a oder 23 b der Hauptsatzung

Herr Hans Anton Meurers	Seniorenvertretung der Stadt Köln
-------------------------	-----------------------------------

Ausschussvorsitzender Wolter eröffnet die 7. Sondersitzung/37. Sitzung insgesamt des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert er, dass diese unverändert sei.

Da sich keine Wortmeldungen zu dieser ergeben, beschließt der Ausschuss folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

1.1 Baubeschluss für die Generalinstandsetzung der Industriestraße im Bereich zwischen dem Parkplatz 7 (Fühlinger See) und Oranjehofstraße mit gleichzeitiger Umgestaltung der Zufahrtsrampe Oranjehofstraße/Industriestraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen 3776/2017

1.2 Baubeschluss für die Umgestaltung des Knotenpunktbereiches Sachsenring/Ulrichgasse/ Vorgebirgstraße sowie für die Änderung der Verkehrsführung im Knotenpunktbereich mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-1-2140, Bahnübergang Ulrepforte 0670/2018

2 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

2.1 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Beschaffung von niederflurigen Stadtbahnwagen 0891/2018

I. Öffentlicher Teil

1 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

1.1 Baubeschluss für die Generalinstandsetzung der Industriestraße im Bereich zwischen dem Parkplatz 7 (Fühlinger See) und Oranjehofstraße mit gleichzeitiger Umgestaltung der Zufahrtsrampe Oranjehofstraße/Industriestraße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen 3776/2017

RM Hammer schlägt vor, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung uneingeschränkt zu folgen und die Verwaltung jedoch zu bitten, die Bezirksvertretung Chorweiler rechtzeitig über die beabsichtigte Verkehrslenkungsplanung während der Bauphase zu informieren bzw. einzubinden.

Der Ausschuss ist mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden.

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Generalinstandsetzung der Industriestraße im Bereich zwischen dem Parkplatz 7 (Fühlinger See) und Oranjehofstraße sowie mit der Umgestaltung der Zufahrtsrampe Oranjehofstraße/Industriestraße mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 1.328.000 € .

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 250.000 € für die Generalinstandsetzung der Industriestraße im Bereich zwischen dem Parkplatz 7 (Fühlinger See) und Oranjehofstraße sowie für die Umgestaltung der Zufahrtsrampe Oranjehofstraße/Industriestraße im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2018.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

1.2 Baubeschluss für die Umgestaltung des Knotenpunktbereiches Sachsenring/Ulrichgasse/ Vorgebirgstraße sowie für die Änderung der Verkehrsführung im Knotenpunktbereich mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-1-2140, Bahnübergang Ulrepforte 0670/2018

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, informiert eingangs, dass die Verwaltung die Maßnahme zügig und zeitnah, d.h. in den Sommerferien 2018, umsetzen möchte und die Ausschreibung daher bereits durchgeführt habe. Andernfalls hätte die Maßnahme erst in 2019 realisiert werden können. Die Vergabe würde selbstverständlich erst nach einem entsprechenden Beschluss der

zuständigen Ausschüsse erfolgen; ggf. könne diese auch aufgehoben werden. Be-
dauerlicher Weise habe die Submission nun das Ergebnis der Kostenschätzung nicht
bestätigt; das Submissionsergebnis – ein einziges Angebot - liege bei 2.013.000 €, so
dass die Verwaltung bereits jetzt eine entsprechende Mehrkostenvorlage ankündigen
müsse.

RM Michel spricht der Verwaltung seitens der CDU-Fraktion zunächst seinen Dank
dafür aus, dass diese die Anregungen des Rechnungsprüfungsamtes annehmen und
umsetzen werde. Die in Rede stehende Maßnahme gebe dem Radverkehr mehr
Raum und Sicherheit und sei daher begrüßenswert, wenngleich es zu Einschränkun-
gen im Individualverkehr kommen werde. Etwaige Korrekturen können auch im Nach-
hinein erfolgen. Er schlage vor, sich den Beschlusspunkten 4 und 5 der Bezirksvertre-
tung Innenstadt anzuschließen und die Verwaltung zu beauftragen, die übrigen Be-
schlusspunkte der Bezirksvertretung zunächst zu prüfen. Die Kostenerhöhung sei är-
gerlich, aber hinnehmbar.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich RM Hammer den Ausführungen
seines Vorredners an und signalisiert ebenfalls Zustimmung. Dass die Verwaltung das
Vergabeverfahren ausnahmsweise vor Beschlussfassung bereits eingeleitet habe, sei
in diesem Fall positiv zu bewerten.

RM Pöttgen hingegen äußert großen Unmut der SPD-Fraktion über diesen Vorgang.
Er erachte es als skandalös, dass die politische Beschlussfassung nicht abgewartet
wurde. Es sei früh genug bekannt gewesen, dass die Umsetzung der Maßnahme in
den Sommerferien erfolgen sollte. Bei einer seriösen und guten Jahresplanung hätte
die Verwaltung die entsprechende Beschlussvorlage somit bereits früher einbringen
können und nicht erst in die Sitzung am 17.04. Das Ziel dieser Vorlage teile er zwar;
dennoch seien trotz der bereits geführten Debatten noch nicht alle Fragen geklärt. Die
SPD-Fraktion werde sich daher bei der heutigen Beschlussfassung enthalten.

RM Breite teilt seitens der FDP-Fraktion die Ablehnung zur Verwaltungsvorlage mit,
da ein weiterer Rückbau der Vorgebirgstraße nicht hinnehmbar sei. Die von der Ver-
waltung hier getroffene Aussage, dass ein Rückgang der Kfz-Verkehrsmenge zu er-
warten sei, stehe im Übrigen im klaren Widerspruch zu der in der Sitzung am 15.05.
vorgelegten Mitteilung „Neue Kölner Statistik 2/2018 – Kraftfahrzeuge“, Vorlagen-Nr.
1038/2018.

RM Weisenstein greift diese Äußerung auf und betont, dass die Ziele von mobil 2025
dennoch im Auge behalten und Stadt- und Verkehrsplanung künftig so angegangen
werden müssen, dass Kfz-Besitzer zur Überlegung bereit sind, ob sie an manchen
Tagen das Auto stehen lassen und stattdessen mit dem Fahrrad fahren.

Geänderter Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Umgestaltung des Kno-
tenpunktbereiches Sachsenring/Ulrichgasse/Vorgebirgstraße sowie mit der Ände-
rung der Verkehrsführung im Knotenpunktbereich mit Gesamtkosten in Höhe von
1.675.100,00 € (brutto) **mit folgenden Maßgaben der Bezirksvertretung:**

***Die Radspuren auf dem Salierring Fahrtrichtung Chlodwigplatz werden ger-
adlinig geführt. Eine temporäre Aufweitung der MIV-Spuren an dieser Stelle
ist zu vermeiden (siehe Skizze auf dem BV-Antrag).***

Die Radspuren in der zukünftigen Fahrradstraße Kartäuserwall (Ein- und Ausfahrt, nördl. Ulrepforte) wird von 1,50 m auf jeweils 2 m erweitert, entsprechend wird die MIV-Aufstellfläche vor der LSA von 3,96m auf 2,96m ver schmälert (siehe Skizze auf dem BV-Antrag).

Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, die folgenden Beschlusspunkte der Bezirksvertretung zu prüfen:

Es ist sicher zu stellen, dass der motorisierte Verkehr nicht über den Bereich fährt, unter dem sich die Caponniere befindet.

Die Fahrradschleusen auf der Volksgartenstraße vor der LSA Vorgebirgsstraße werden mit durchgezogenen Linien versehen (siehe Markierung) (siehe Skizze auf dem Antrag)

Die Bezirksvertretung bekräftigt ihren Beschluss vom 19.10.2017, auf dem Sachsenring in Fahrtrichtung Barbarossaplatz beide Fahrspuren für den fließenden Verkehr und die rechte Fahrspur nicht für den ruhenden MIV-Verkehr zu nutzen. Die vorliegenden Pläne lassen eine gefährliche Enge für den Radverkehr erkennen (2,50m Fahrspur - 1,5m Radstreifen - 2,40m Parken). (siehe Skizze auf dem Antrag)

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Umgestaltung des Knotenpunktbereiches Sachsenring/Ulrichgasse/Vorgebirgstraße sowie für die Änderung der Verkehrsführung im Knotenpunktbereich in Höhe von insgesamt 951.566,92 € (brutto) im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6601-1201-1-2140, Bahnübergang Ulrepforte, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2018.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion

2 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

2.1 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB): Beschaffung von niederflurigen Stadtbahnwagen 0891/2018

Auf Nachfragen der RM Hammer und Breite führt Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, aus, dass die Ausschreibung nun vorbereitet und dem Aufsichtsrat das entsprechende detaillierte „Lastenheft“ vorgestellt werde. Im Anschluss an die erfolgte Ausschreibung werden die Ergebnisse wiederum dem Aufsichtsrat vorgelegt. Es sei vorgesehen, wesentlich Betroffene wie beispielsweise die Behindertenverbände - nicht jedoch den hiesigen Ausschuss - in den weiteren Beschaffungsprozess einzubinden. Es sei selbstverständlich in der heutigen Zeit, dass Stadtbahnwagen mit Klimaanlage ausgeschrieben werden; er werde den Hinweis jedoch explizit nochmals mitnehmen.

Abschließend bittet Ausschussvorsitzendem Wolter nachdrücklich darum, dem Aufsichtsrat in den entsprechenden Sitzungen genügend Zeit einzuräumen, sich mit dem „Lastenheft“ und den Ausschreibungsergebnissen auseinander zu setzen.

Herr Höhn sagt dies zu.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat stimmt der Beschaffung von 62 niederflurigen Stadtbahnwagen mit einer Länge von rund 60 Metern („Langzug“) und von zwei niederflurigen Stadtbahnwagen mit einer Länge von rund 30 Metern („Kurzzug“) zu. Der Rat stimmt ferner der optionalen Beschaffung von weiteren elf Langzügen und 25 Kurzzügen für Leistungsausweitungen auf Basis der Anmeldungen zum ÖPNV-Bedarfsplan 2030 zu. Die Zustimmung steht jeweils unter dem Vorbehalt entsprechender Gremienbeschlüsse der KVB und den Stadtwerken Köln (SWK).
2. Der Rat beschließt, zur Beschaffung neuer Niederflur-Stadtbahnwagen, abweichend von der Regelung gemäß Nr. 5/1 der Richtlinie der Stadt Köln zur Förderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW, neben der Beschaffung von durchgängigen (ca. 60 Meter langen) Niederflur-Stadtbahnwagen im Hinblick auf den angestrebten Ausbau der Ost-West-Achse auch die zwingend notwendige Beschaffung von 30 Meter langen „Kurzzügen“ zu fördern.
3. Der Rat beschließt ferner, der KVB zur Finanzierung der Stadtbahnbeschaffung Gesellschafterdarlehen zu Kommunalkreditkonditionen zur Verfügung zu stellen und bittet das Dezernat II – Finanzen, hierfür die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Dieser Beschluss ergeht unter der aufschiebenden Bedingung, dass der beabsichtigte Öffentliche Dienstleistungsauftrag gem. VO (EG) Nr. 1370/2007 zur Direktvergabe von Verkehrsleistungen an die KVB zuvor inkraftgesetzt wurde.

Eine Alternative zur Ersatzbeschaffung besteht aufgrund des Alters der Niederflurfahrzeuge nicht bzw. würde erhebliche Leistungseinschränkungen im schienengebundenen ÖPNV in Köln bedeuten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

gez. Andreas Wolter

gez. Angela Krause

BM Andreas Wolter

Angela Krause

(Ausschussvorsitzender)

(Schriftführerin)